

Transparent am Gebäude des Media Marktes anläßlich des Tages der politischen Gefangenen

Nr. 19 April/mai 2001

Blätter zur Berufskunde

Der Berufsdemonstrant/Die Berufsdemonstrantin
Fachgebiet: Anti-Castor-Widerstand

■ Brennende Barrikaden, Holzstämme auf Straßen und Schienen, Steinwürfe auf Polizisten, Leuchtspurmunition, schwarze Kleidung, Hassmaske oder Palästinensertuch. Die in den Medien transportierten Bilder bestimmen das Bild des „Berufsdemonstranten“ bzw. der „Berufsdemonstrantin“ in der Öffentlichkeit. Während sich anläßlich des Castor-Transportes Polizeisprecher, Reporter und einfache Polizisten in Presse und Fernsehen über schlechte Arbeitsbedingungen, katastrophale Unterbringung, Überstunden, Arbeitsschichten von über 12 Stunden etc. breit auslassen und beschweren durften, konnte man über die Arbeitsbedingungen der „BerufsdemonstrantInnen“ kaum etwas erfahren. Dabei waren sie ständig Thema: „Berufsdemonstranten“ (die weibliche Form kam mal wieder nicht vor) würden sich (meist im Schutz der Dunkelheit) unter die lieben friedlichen Protestierer mischen und unter deren Schutz Krawall anzetteln. Die Polizei forderte die Protestierer auf sich eindeutig von den „reisenden Gewalttätern“ zu distanzieren und drohte, daß ansonsten eben kein Unterschied mehr gemacht werden könne und „Zwangsmittel“ alle treffen werde (als ob sie da sonst so wählerisch wäre). Offensichtlich reichte das nicht aus und so mußten Schauermärchen über angebliche „Säureattacken“ auf Polizeibeamte herhalten , um die Stimmung von Protestierenden und Polizeibeamten gegen die „Störer“ aufzuheizen.

Reisende Gewalttäter, Chaoten, Krawallmacher, Autonome ... oder eben Berufsdemonstranten - all diese Bezeichnungen mußten sich die militanten Teile des Anti-Castor-Widerstandes vorhalten lassen. Da fragt man sich immer wieder wo denn die BerufsdemonstrantInnen ihren Lohn herbekommen. DDR ist ja nun nicht mehr und auch der restliche Osten wird wohl kaum Geld bezahlen. Außerdem sollte man ihnen wirklich mal mehr Respekt zollen. Die ach so miesen Arbeitsbedingungen der Polizei



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.
V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

sind gar nichts gegen die der BerufsdemonstrantIn-nen. Also erstmal gibt es keinen Lohn. Die Verpflegung ist auch beschissen. Nichts mit Kantinenessen, wie bei der Polizei. Vegane Volxküchen versorgen die Protestierenden. Und da gibt es meist nur undefinierbare Pampe aus großen Kesseln. Bleibt meist nur der Gang zur nächsten Dönerbude. Und die Unterbringung ist auch nicht gerade komfortabel: bei Minusgraden im Zelt in irgendeinem Camp. Da dürfte sich der eine oder andere gefreut haben, das die ganzen Camps von der Polizei geräumt wurden und dafür kurzerhand Turnhallen als Schlafplätze



Sprint

besetzt wurden.

Im Gegensatz zu den Polizeibeamten gibt es keine Einsatzbefehle und Vorgesetzten. Es ist gerade deshalb bei den BerufsdemonstrantInnen ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit, Kreativität und vor allem auch Teamfähigkeit von Nöten. Auch körperlich werden einige Anforderungen an den Beruf gestellt. Vor allem schnell rennen muß man können, um nicht von der Polizei erwischt und verprügelt zu werden. Hinzu kommt natürlich auch noch Treffsicherheit beim Werfen von Gegenständen. Einen geregelten Arbeitstag kennt der Berufs-

Aufwärmtraining

demonstrant erst gar nicht, auch nachts heißt es aktiv zu werden, Schienen zu blockieren, Straßen zu unterhöhlen etc. Und auch das verdiente arbeitsfreie Wochenende ist äußerst selten. Immerhin finden da ja die meisten Demonstrationen statt.

Man sieht also auch dieser Beruf ist kein Zuckerschlecken und besteht nicht nur aus „Spaß an Randale“. Vergessen wird meist auch die alltägliche Arbeit zwischen den Großereignissen wie Castor-Transporte. Dann besteht der Arbeitstag aus stundenlangen politischen Diskussionen, Verfassen und Verteilen von Flugblättern.

Also Hut ab vor den reisenden Gewalttätern, denn die halten oftmals für uns



Kugelstoßen

den Kopf hin. Und mal ehrlich: ohne die Gewalttäter geht es doch nicht. Worüber könnte dann die Presse berichten? Bilder von friedlichen Protesten interessieren doch wirklich keinen. Action ist doch gerade von den Medien gefragt. Und auch die Polizei könnte einpacken und müßte tausende von Beamten entlassen.



Also: Ein Lob auf die BerufsdemonstrantInnen!

Mit Kleidungsverbot gegen Nazis?!

■ In den ersten Schulen Nordrhein-Westfalens und Brandenburgs ist es soweit: Ein Verbot bestimmter Kleidung wird in der Schulordnung festgehalten. Hierbei handelt es sich in erster Linie um ein Verbot von Springerstiefeln und je nach Schule auch von Bomberjacken. Zweck des ganzen soll es sein, den Faschisten die Möglichkeit des „Schaulaufs" in der Schule zu nehmen.
Bislang wurden zahlreiche Schulen, in Form von Rundschreiben, über die Möglichkeit des Kleidungsverbots informiert und es liegt im Ermessen des/der Direktor(s)/in, ob der Kleidungszusatz in die Schulordnung aufgenommen wird. Bundesfamilienministerin Christine Bergmann (SPD) begrüßt gar ein bundesweites Verbot bestimmter Kleidungsstücke an Schulen. Bergmann hierzu: „Ich begrüße derartige Verbote, denn es geht hier nicht um Mode, sondern um die Gesinnung, die dahinter steckt." Das hat sie gut erkannt, dass es hier um die „Gesinnung" und nicht um die Mode geht. Doch gerade dann fragt man sich was sie sich von diesem Verbot verspricht. Weil ein Nazi seine Boots und Bomberjacke nicht mehr in der Schule trägt ist er kein Faschist mehr? Ohne diese Kleidung kann er keine rassistische Hetze mehr betreiben? Wohl kaum! Vielmehr hat es den Anschein als gehe es gar nicht darum, die Faschisten mit ihrer Ideologie zu bekämpfen, sondern sie nur unkenntlich und somit für die Öffentlichkeit unsichtbar zu machen. Das dieses Vorgehen nur zur Problemverdeckung und nicht zur Problembekämpfung dient, dürfte klar sein. Doch was spielt das für eine Rolle, wo es doch ohnehin nur darum geht aller Welt das „anständige Deutschland" zu präsentieren?

Leg dein Ohr auf die Schiene der Geschichte

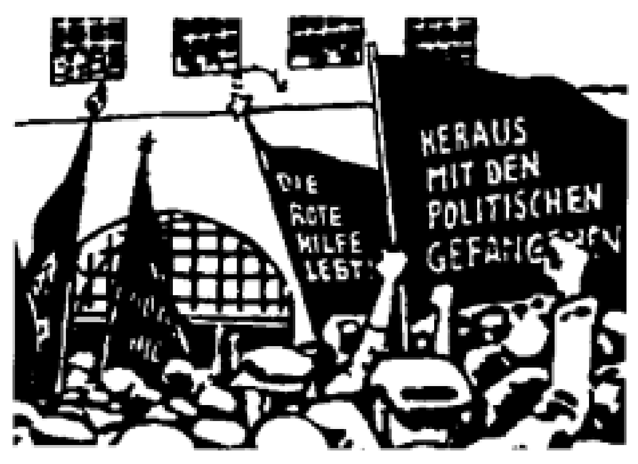
Der 18. März! - Internationaler Tag der politischen Gefangenen

Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen und der Solidarität gegen staatliche Unterdrückung.

■ Der 18. März ist kein willkürlich gewähltes Datum; es hatte in der Geschichte der Klassenkämpfe in Europa schon mehrfach Bedeutung. Der 18. März steht für die Barrikadenkämpfe der aufständischen proletarischen Massen in Berlin 1848 gegen den Feudalismus und die preußische Armee.

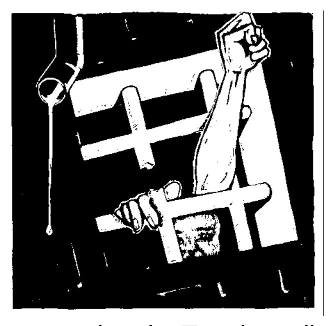
Er steht weiterhin für den Tag der Gründung Pariser Kommune, der ersten Räterepublik der Welt.

Als Ergebnis des preußisch-französischen Krieges kommt es am 25. Januar 1871 zur Kapitulation Frankreichs durch die republikanische „ Regierung der Nationalen Verteidigung“ unter Thiers und Favre. Da die Last der Ergebnisse der Kapitulationsverhandlungen das französische Volk tragen soll, kommt es in ganz Frankreich zu Aufständen. Nach Monaten blutiger Kämpfe um Paris übernimmt am 18. März die Nationalgarde in Paris die Macht und proklamiert, innerhalb von zehn Tagen Wahlen zum Rat der Kommune abzuhalten. Damit ist in Paris das Volk an der Macht. Thiers und Favre fliehen nach Versailles und verbünden sich mit Preußen, um die Kommune zu zerschlagen und Paris zurückzuerobern. Die Rache der französischen Bourgeoisie an den KommunardInnen war mit Hilfe des preußischen Militärs fürchterlich. 25.000 Menschen starben beim Sturm auf Paris, 3.000 ließen in den Gefängnissen ihr Leben, 13.700 wurden verurteilt, die meisten zu lebenslänglichen Strafen. Die Bourgeoisie Frankreichs hatte blutig triumphiert, die Herr-



schenden Europas klatschten Beifall angesichts der Niederlage des ersten Versuchs einer wirklichen Volksherrschaft.

Der Tag der politischen Gefangenen 1923



1923 wurde durch die Internationale Rote Hilfe (IRH) zum ersten Mal der 18. März als „Internationaler Tag der politischen Gefangenen" ausgerufen. Die Reaktion auf die erfolgreiche Revolution in der Sowjetunion und die instabile Lage der kapitalistischen Staaten nach dem ersten Weltkrieg führte zu einer massiven Verschärfung im Kampf gegen die revolutionären Kräfte. In zahlreichen Staaten Nord- und Osteuropas wurden schon 1918 Konzentrationslager errichtet, in denen allein in Finnland mehr als 26.000 Menschen umkamen. In Bulgarien und Bessarabien wurden ca. 30.000 Menschen ermordet, in Polen wurde mit Giftgas gegen streikende ArbeiterInnen vorgegangen. In Deutschland ließen Sozialdemokraten auf streikende und hungernde ArbeiterInnen und Matrosen schießen und revolutionäre FührerInnen einkerkert oder, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ermorden. Weil zahllose RevolutionärInnen in Kerkern landeten und auch ihre Familien unter politischer Repression und Armut litten, entstanden in mehreren Ländern, unter anderem in Polen und Bulgarien, lose Hilfsorganisationen, in denen vor allem die Angehörigen der getöteten, verhafteten oder geflohenen RevolutionärInnen wirkten. In Deutschland gründeten sich die ersten Hilfsvereine bereits 1919, aus denen sich die Rote Hilfe Deutschland entwickelte. Am 22. November 1922 wurde auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale die Internationale Rote Hilfe (IRH) gegründet. Einer der ersten Beschlüsse der IRH betraf die Durchführung eines internationalen Tages der politischen Gefangenen, der bereits ein halbes Jahr später, am 18. März 1923, zum ersten Mal stattfand. Bewußt an die Traditionen der europäischen Klassenkämpfe anknüpfend finden zum 18. März in zahlreichen Orten Deutschlands Öffentlichkeits- und Protestaktionen statt, bei denen die Solidarität für die Lage der gefangenen GenossInnen weltweit zum praktischen Ausdruck kommt.

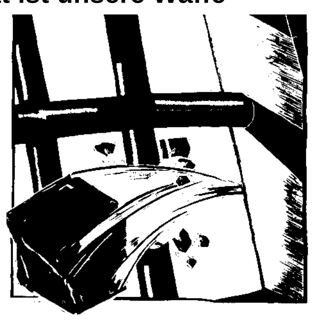
Staatliche Unterdrückung heute

„Das ganze kapitalistische Gefängnissystem ist darauf angelegt, die politischen Gefangenen körperlich und seelisch zu zermürben, Folterungen, Karzer, Einzelhaft, geisttötende Arbeit, Schikanen wie Fernhaltung revolutionärer Presse und Literatur, schlechte Kost usw. sind tägliche Erscheinungen." (Clara Zetkin zum 10jährigen Bestehen der IRH; 1932) Auch wenn Clara Zetkin noch nichts über faschistische Mordfabriken oder die moderne Erforschung der weißen Folter als sensorische Deprivation (das Abschneiden jeglicher Sinneswahrneh-

mungen) gegen Gefangene wissen konnte, so könnte ihre Beschreibung auch in den heutigen Tagen verfaßt worden sein. Denn noch immer gibt es Anlässe genug gegen Unterdrückung zu kämpfen. Menschen, die gegen diese Unterdrückung kämpfen, passen den Unterdrückern natürlich nicht in den Kram. Schaffen sie doch Unruhe, zeigen die Fehler im System auf und könnten es so letztendlich zum Kippen - oder mindestens ins Wanken bringen. Die Antwort der Unterdrücker auf die Organisierung und den Kampf für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, ist Kriminalisierung, Repression und Gefangenschaft und so werden auch noch heute Menschen, die mit ihrer politischen Arbeit dem Interesse des Kapitals und der herrschenden Klasse entgegen stehen eingekerkert, gefoltert und ermordet.

Solidarität ist unsere Waffe

Auch dieses Jahr wurde der 18. März zum Anlaß genommen, um für die Freiheit der politi-



schen Gefangenen und gegen staatliche Repression zu protestieren. Demonstrationen, Kundgebungen, Straßentheater, Infoveranstaltungen, wie Filmabende und Radiosendungen sind Beispiele für die Vielfältigkeit der Solidaritäts-Aktionen. In zahlreichen Städten war der Hungerstreik in den türkischen Knästen (Seit dem 20. Oktober 2000 befinden sich türkische und kurdische Gefangene im Hungerstreik, um ihre Zwangsverlegung in Isolationsknäste, sogenannte F-Typ-Gefängnisse, zu verhindern. Siehe Fight Back! Nummer 17.) zentrales Thema:

In **Nürnberg**

beteiligten sich mehrere hundert Menschen an Kundgebungen und Veranstaltungen unter dem Motto „Raus auf die Straße, für die Freiheit der politischen Gefangenen, Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei“.

Stuttgart

Da sich am Samstag, den 17.3. zufällig auch der türkische Staatspräsident Sezer und der türkische Außenminister Cem in Stuttgart befanden, um gemeinsam mit Bundestagspräsident Rau die Ausstellung „Troja - Traum und Wirklichkeit“ zu eröffnen - und man so einige der Verantwortlichen für die Massaker in den türkischen Knästen beisammen hatte, fand vor Ausstellungsbebäude eine Großkundgebung unter dem Motto „Solidarität mit den kämpfenden Gefangenen in der Türkei/Kurdistan! Schließung aller Isolationsgefängnisse sofort!“ statt.

Hamburg

Nach einer Auftaktkundgebung am S-Bahnhof Sternschanze, ging es per Autokonvoi zur Knastkundgebung in Santa Fu (Fuhlsbütteler Knast), dann weiter mit dem Autokonvoi nach Glasmoor zur 18. März - Kundgebung mit anschießendem Spaziergang.

Braunschweig
Auf dem Braunschweiger Kohlmarkt wurde von der Jugend Antifa Aktion (JAA) ein Transparent gespannt und mit Flugblättern auf die menschenunwürdigen Haftbedingungen der politischen Gefangenen aufmerksam gemacht wird (das komplette Flugi gibt's unter: www. puk.de/antifacafe). Anschließend ließen AktivistInnen am Mediamarktgebäude in der langen Straße ein Transparent mit der Aufschrift „Es lebe der 18. März-Internationaler Tag der politischen Gefangenen! Freiheit für die Gefangenen in den türkischen Folterknästen" herunter.



Wenn Zivilcourage nicht Zivil bleibt

Antifaschist von Haft bedroht, weil er als Zeuge ausgesagt hat

■ In letzter Zeit häufen sich die Aufrufe "Zivilcourage" zu zeigen. Wenn Faschisten ihren Terror verbreiten, soll eingeschritten werden. Das ist ja auch ganz gut so, leider kommen die meisten Aufrufe dieser Art zu immer dem gleichen Ergebnis: Wenn euch was auffällt, dann ruft die Polizei. Dass damit nicht alle Probleme enden, sondern manche erst beginnen können, musste jetzt auch ein Antifaschist aus Lüneburg erfahren. Durch seine Mithilfe bei der Strafverfolgung von Faschisten steht er kurz davor für einige Zeit im Knast zu verschwinden.

Der Antifaschist war bei einer Aktion gegen den in dem kleinen Ort Rosche besonders heftig wütenden Nazi-Terror anwesend. Ziel dieser Aktion war es unter anderem, das dort gelegene Flüchtlingsheim vor Überfällen der Faschisten zu schützen. Im Verlauf des Abends näherte sich ein Auto, besetzt mit bekannten Faschisten und versuchte den besagten Antifaschisten zu überfahren. Dies gelang nur deshalb nicht, weil jener sich mit einem Sprung zu Seite gerade noch retten konnte.

Dieser Vorfall wurde in einem Flugblatt veröffentlicht und jetzt kommt die Polizei ins Spiel. Nein, sie versuchte nicht, wie allgemein üblich, die Verteiler des Flugblattes zu kriminalisieren oder einzuschüchtern, sie mit Strafverfahren wegen übler Nachrede oder Beleidigung zu überziehen. Die Zeiten haben sich geändert, jetzt wo Antifaschismus seinen staatlichen Segen erhalten hat. Die Polizei bat den Antifaschisten, doch eine Aussage, gegen die von ihm erkannten Nazis zu machen, damit sie eine Strafanzeige gegen diese fertigen konnten. Das tat jener dann auch. Der gedachte Erfolg trat ein, den Nazis wurde der Prozess gemacht. Bis hierhin scheint das Geschehen noch völlig normal abzulaufen. Da kann man sich nun freuen, dass alles seinen "gerechten" Gang geht. Wo aber liegt nun das Problem?

Die für manche überraschende Wendung trat ein, als bei der Gerichtsverhandlung, die Richterin von dem Antifaschisten wissen wollte, wer den noch alles Zeuge gewesen sei. Dies brachte ihn dann in die schwierige Situation, Namen von denjenigen rauszurücken, die auch auf der antifaschistischen Aktion anwesend und somit Zeugen des Geschehens gewesen sind. Diese könnten im Zweifelsfall selbst noch kriminalisiert werden bzw. zu bestimmten politisch aktiven Gruppen zugeordnet werden.

Da bemüht man sich, zivilcouragiert den Nazi der Justiz zu präsentieren und dann das. Natürlich weigerte sich der Antifaschist, die Namen seiner Genossinnen und Genossen zu nennen. Es ist ja logisch, das diese Namen auch, durch den Angeklagten oder Prozessbesucher den Faschisten bekannt werden. Die Betroffenen somit zur Zielscheibe der Faschisten gemacht werden. Dem Antifaschisten droht jetzt Beugehaft um seine Aussage zu erzwingen.

Dabei hätte diese Entwicklung doch vorhergesehen werden können. Nicht umsonst ist die umfassende Aussageverweigerung seit jeher das beste Mittel sich gegen staatliche Repression zu schützen. Daran hat auch die angeblich neue Haltung der staatlichen Organe nichts geändert. Damit, das der Staat jetzt die Faschisten als Bedrohung, vor allem für das Ansehen der BRD im Ausland und die Wirtschaft ansieht, ist der Staat noch nicht zum Bündnispartner der Antifa geworden. Die Justiz war nie und wird auch nie ein Mittel des Antifaschistischen Kampfes werden. Wenn die rassistischen Schreibtischtäter gegen die rassistischen Prügelbanden vorgehen wollen, oder vielmehr für das Ansehen der BRD müssen, dann sollen sie. Der Schluss, das AntifaschistInnen jetzt staatlich anerkannt sind lässt sich daraus nicht ziehen. Und die Mitwirkung bei der Strafverfolgung, und nichts anderes sind Zeugenaussagen nun einmal, heißt auch immer sich auf das Spiel der Polizei und Justiz einzulassen und zwar so, wie die es wollen.

Also Vorsicht vor der Polizei und Justiz, sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen kann auch immer negative Konsequenzen für einen selbst haben. Aussageverweigerung war sinnvoll und ist es noch immer, wenn man sich und andere schützen will, folglich:



Anna und Arthur halten´s Maul! Keine Aussagen bei Polizei und Justiz.

In aller Kuerze...

Wut und Trauer zu Widerstand!

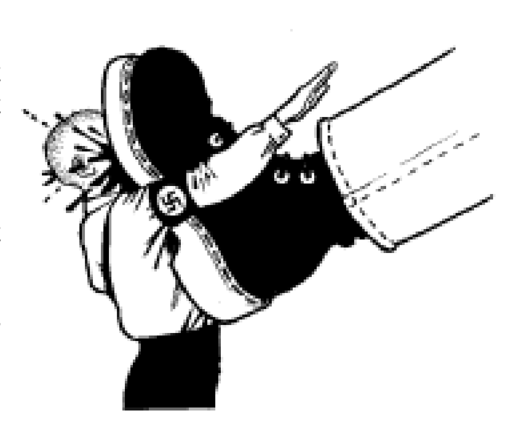
Gedenkdemo zum Tod des Punks Frank Böttcher

■ In der Nacht vom 7. zum 8.2.1997 wurde der Punk Frank Böttcher in Neu-Olvenstedt (Magdeburg), einem Stadtteil, in dem Faschisten das Straßenbild dominieren, brutal von Faschisten ermordet. Seine Mörder lauerten ihm an einer Straßenbahnhaltestelle auf, fügten ihm mehrere Messerstiche zu und traten ihm die Schädeldecke ein. Anläßlich seines 4. Todestages fand am 10. Februar 2001 in Magdeburg eine Demonstration unter dem Motto „Wut und Trauer zu widerstand! Gemeinsam gegen Nazi-Terror und stattlichen Rassismus!“ statt. Mehrere hundert TeilnehmerInnen zogen unter massivem Polizei“schutz“ vom Bahnhof nach Olvenstedt. Die Strategie der Bullen war klar: In Olvenstedt selbst bildeten sie ein Spalier um die Demo und blieben friedlich, um ein Aufeinandertreffen der DemoteilnehmerInnen mit den in kleinen Grüppchen am Straßenrand stehenden und gaffenden Nazis zu verhindern. Doch kaum war der Zug wieder aus Olvenstedt draußen, knüppelten sie immer wieder auf die Demo ein.

Dennoch, den Nazis wurde gezeigt, daß sich nur sicher fühlen können, wenn genügend Polizei in der Nähe ist, um sie zu schützen.
- Und eins ist sicher: Wir kommen wieder!

Immer wieder Sonntags..

■ Am Sonntag, dem 18. Februar 2001 war es wieder so weit: Ein Bus der faschistischen DVU fuhr an der Braunschweiger Stadthalle ein, um die Anhänger der Partei zu einer Großraumveranstaltung irgendwo in der Pampa bei Bremerhaven zu kutschieren. Was alles ein wenig wie Kaffeefahrt wirkt, dient in Wahrheit der Verbreitung faschistischer Propaganda - denn statt Kaffeeklatsch und Rheumadecken gibt es langatmige Reden vom DVU - Vorsitzenden Gerhard Frey und/oder anderen Faschisten. Logisch, daß so ein Nazi-



Ausflug nicht reibungslos über die Bühne gehen darf. Wie schon die letzten Male, versammelten sich AntifaschistInnen, um den Bus zu blockieren und die Faschisten ein wenig auf zu mischen. Schon vor Ankunft des Busses konnten die meisten der Mitreisewilligen vertrieben werden. Als der Bus dann endlich kam, öffnete der Busfahrer ganz arglos die Türen (vielleicht dachte er ja, die AntifaschistInnen wollen auch mit?!) - dummer Fehler; denn die Tür wurde blockiert und die Windschutzscheibe mit Farbeiern beworfen. Das brachte den guten Mann doch ein wenig aus der Fassung... Doch wie immer kam auch gleich der Freund und Spielverderber, die Polizei und sprach Platzverweise aus. So konnten dann auch ganze zwei Faschisten - an die man sich vorher wegen ihrer allzu penetranten Alkoholfahne nicht herangewagt hatte - unter Polizeischutz in den Bus einsteigen.




Fazit: Erfolgreicher Protest mit hohem Spaßfaktor. Auf ein nächstes Mal!

Rock(t) gegen Rechts!

Gastbeitrag des Motorradclubs Kuhle Wampe Braunschweig

■ Das hat Spaß gemacht. Das ‚Rokken' und das gegen Rechts etwas ins ‚Rollen' bringen. War'n auch ne menge Leute da. Und ein Mensch von der von der Orga: "Ich geb' einen aus wenn's mehr als 30 werden. ..."(Pot-Kaffee). Am 9.2.2001 um 19:00 Uhr war dann für 6,00 DM Einlass. 19:30 war die ‚minimum BesucherInnenzahl' bereits überschritten.

So gegen 22:00 Uhr waren es dann ca. 180 Menschen. Mehr hätten sich auch in den Veranstaltungsraum im kommunalen Jugendzentrum B58 nicht hineinzwängen können. Das schafft Nähe und ist gut für die Stimmung!

Also nur Mut! Sich selbst nicht über Giga-Event-Ansprüche unter Druck setzen (lassen). Mühe und Aufwand der Organisation einer solchen Veranstaltung werden hinreichend entschädigt.

Natürlich braucht es eine Menge an Vorbereitungsarbeit. Antifaschistisches Plenum, MC Kuhle Wampe BS, VVN – BdA und Freunde und MitarbeiterInnen des kommunalen Jugendzentrum B58, waren die Schultern auf die die Last verteilt werden konnte.

Anifa, Wampen und VVN sind im ‚Braunschweiger Bündnis gegen Rechts' organisiert und waren InitiatorInnen der Veranstaltung.

Vorbereitung: Gute Musikgruppen ansprechen (die auch für Umsonst ...); bewerben (Plakate, Flyer, Mund zu Mund, ...); die eigenen Infostände



und das Transparent für die Bühne nicht vergessen; jemanden der ein sensibles Auge für eine gute Fotodoku hat und genügend zuverlässige Menschen, die das ‚Sicherheits back up' machen.



Freunde und MitarbeiterInnen des kommunalen Jugenzentrum B 58 waren für uns ‚Die Veranstalter'. Das wird hier wiederholt, weil heutzutage nicht mehr davon auszugehen ist, das sich MitarbeiterInnen von kommunalen Jugendzentren freiwillig eine Menge Arbeit aufhalsen. Bei dem Stress den die sowieso schon haben. Sie waren mit echter Begeisterung dabei.
Darunter waren übrigens auch einige aus der verschärft zweiradfahrenden Zunft.
Was uns Wampen schwer beeindruckt hat. ...
Dann gab es noch einen Infostand der PDS. Was aber viel geiler rüber kam, war ‚Cuba Si' mit der Soliinfocaipirinh'atheke. Publikum: Buntes Völkchen, in der Hauptsache zwischen 16 und 26, viele davon Stammgäste des B 58 wie ‚Die Veranstalter' uns sagten.
Musikgruppen für vier Stunden Programm: Als Einstieg mit exquisitem Jazz und sooliger Stimme die JAZZGRUPPE DER MUSIKERINITIATIVE BRAUNSCHWEIG, dann ging – Sau gut abgemixt – die Post ab: SLIVER (Independent Rock); ree:ze (Alternative Rock) und PANDORAS TRAINCOMBO (Psychedelic Rock bis Punk).
Die MusikerInnen waren soundmäßig und auch sonst richtig gut drauf. Gegen 24:00 war dann (der Nachtruhe der lieben Nachbarn wegen) leider Ende.
Auch beim ‚Nachhause' der Gäste ist unseres Wissens nach alles klar gegangen.

Resümee: Nachmachen und darüber hinaus noch viel mehr, wäre unser Appell an Euch!
Denn diverse ‚Bündnis gegen Rechts' – Aktivitäten unterliegen unserer Meinung nach zur Zeit mächtigen politischen Mutationen. Vom originären ‚Bündnis gegen Rechts' über das ‚Bündnis gegen braune Gewalt' zum ‚Bündnis gegen Gewalt (von Rechts und Links)' ... bis ‚sie' wieder bei gegen Links angekommen sind.
Muss nicht sein.

Das war unanständig, Herr Fischer...

Ein Gespenst geht um in den Schlagzeilen, das Gespenst der 70er Jahre.

■ Ins Visier genommen ist grob die Zeit der Siebziger Jahre plus-minus ein paar Jährchen. Wer hat was gemacht, gesagt, wen gekannt? Hat Fischer, oder hat er nicht mit Feuer gespielt? Nebensächlichkeiten, Vergangenheit. Wer glaubt, die würde entrümpelt, weil in den oftmals blödsinnigen Parolen der Spontis und K-Gruppen irgendein Anreiz für "die jungen Leute von heute" stecken würde, sich gegen Staat und Kapital zu wenden, der hat mit diesen offensichtlich noch nicht näher zu tun gehabt. In einer Zeit, in der sich Professoren und Lehrer darüber beschweren, dass ihre SchülerInnen zu angepasst seien, wäre totschweigen das beste Rezept. Sicherlich gibt es einige klar erkennbare Intentionen, bspw. der parlamentarischen Opposition, nach lauter eigenen Fehltritten jetzt mit Dreck nach der Regierung zu schmeißen, oder den Distanzierungs-Dreisprung "ich bin, weil ich wurde, was ich war", mit dem die im Staat angekommenen Pseudo-Linken der Vergangenheit - allen voran Joseph Fischer - versuchen, möglichst viel Raum zwischen sich und ihre eigene Geschichte zu bringen. Insgesamt ist die Debatte heiße Luft.



Ganz nebenbei klärt sich jedoch, was anständig ist und was nicht.
Anständig, wenn auch verschroben, das waren Öko, Peace, Love, ein bisschen Teach-In hier, ein bisschen Sit-In dort. Also das, was heute als Life-Style per TV und "Schöner Wohnen" marktkompatibel die Welt der zahlungsfähigen Konsumenten auf-

peppt.
Unanständig hingegen ist die Gewalt gegen den Staat und seine Repräsentanten, heißt es, und die erscheint als seltsam amorphes “Ding”. Alles, was irgendwie mit “Gewalt” zu tun hat, landet in einem Topf: Stadtguerilla, militanter Widerstand gegen Staat und Kapital, sei es am Bauzaun oder im Stadtdschungel werden da zu einer Sache erklärt mit dem Terror der Nazis. Wolfgang Thierse von der SPD hält es in diesem Zusammenhang für vorstellbar, dass in zwanzig Jahren Nazi-Schläger von heute Minister werden. (Nette Geschichtsverdrehung, als ob nicht Nazis als Mitbegründer der BRD dabei gewesen wären, gegen deren Einfluss u.a. sich dann in den Sechzigern eine breite Bewegung erhob.) Fischer erklärt sich selbst ein bischen zum Nazi, wenn er behauptet, sich gewaltmäßig diesen “anverwandelt” zu haben. Selbstverständlich meint er damit keine historischen Ähnlichkeiten, wie den Angriffskrieg auf Jugoslawien, der voll in der Tradition der deutschen Osteroberungspolitik steht, sondern seine frühere Militanz auf der Straße. Ein bunter Eintopf historischer Beliebigkeit.

Für den Bereich Antifaschismus lernen wir: 1. Gegen Nazis = gut, 2. Gegen Staat und Kapital = böse, 3. Staatliche Gewalt = gut, 4. Jede andere Gewalt = böse: Gut, dass “Joschka” und die seinen den bösen Weg antistaatlicher, antidemokratischer Gewalt verlassen haben und heute für die gute Sache auf dem Balkan und zuhause mittels guter staatlicher Gewalt gegen böse Serben und Nazis kämpfen.

So sieht die Geschichte aus, wenn man es den selbsternannten „Anständigen“ überläßt sie zu verformen.

Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)!



Jeden Montag ab 19.00 Uhr

im Antifaschistischen Café

Cyriaksring 55

Termine:

11.Mai 2001
Film: Der gewöhnliche Faschismus
20 Uhr Antifaschistisches Café, Cyriaksring 55

12. Mai 2001
Infotische des Bündnis gegen Rechts
11 Uhr Ringerbrunnen

8. Juni 2001
Film: Mütter und Söhne
20 Uhr Antifaschistisches Café, Cyriaksring 55